

Die rheinland-pfälzische Landesregierung will den US-Standort Baumholder um jeden Preis erhalten und bietet jetzt auch dort privat finanzierte Maßnahmen zur Verbesserung der militärischen Infrastruktur an.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 117/06 – 29.10.06

Innenminister Bruch möchte das US-Militär von privaten Investoren mitfinanzieren lassen!

In einer Pressemitteilung vom 24.10.06 informierte Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) über seine weiteren Pläne zur Erhaltung des US-Standortes Baumholder. Er hatte sie vorher in seinem Ministerium bereits dem Landrat des Kreises Birkenfeld und den Bürgermeistern der Verbandsgemeinde und der Stadt Baumholder eröffnet.

Auf seiner letzten USA-Reise will Bruch in Gesprächen mit US-Generälen, Pentagon- und Kongressvertretern erfahren haben, dass die US-Army Baumholder weiter betreiben würde, wenn es gelänge, "alle Kräfte zu bündeln und konkrete Unterstützung zu leisten, so dass der für die gesamte Region so bedeutsame Standort zukunftsfest wird". Dazu schlägt der Innenminister den folgenden Maßnahmenkatalog vor:

- *"Es wird geprüft, wie eine bessere Luftverlegungsfähigkeit schwerer Truppen von Baumholder in Zusammenhang mit den Aufgaben des Luftdrehkreuzes Ramstein erreicht werden kann.*
- *Über eine Arbeitsgruppe mit der Bundeswehr wird ein konkretes Konzept für eine verbesserte infrastrukturelle Ausstattung des Truppenübungsplatzes, einschließlich alternativer, privater Finanzierungsmöglichkeiten entwickelt.*
- *Den US-Streitkräften werden auch für Baumholder Konzepte zur Kostenentlastung im Bereich des Betriebes der Infrastruktur, von Facility-Management sowie bei privat finanzierter Infrastruktur angeboten, wie sie im Moment in Kaiserslautern und um Ramstein entwickelt werden.*
- *Es werden alle Möglichkeiten der Optimierung der militärischen Flächennutzung am Standort hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs der US-Streitkräfte, optimierter Möglichkeiten der Bundeswehr im Lager Aulenbach und auch der Möglichkeit der Einrichtung eines internationalen Trainingszentrums – Stichwort 'Joined and combined Training Center' – verfolgt.*
- *Angesichts des Auslaufs von Mietbindungen privat finanzierter Wohneinheiten in Baumholder Ende 2007 werden Überlegungen für die Aufgabe von US-Wohnstandorten in peripherer Lage sowie verbesserte Nachfolgenutzungen am Standort Baumholder selbst angegangen.*
- *In Verbindung mit dem Rheinland-Pfalz-Tag in Baumholder im kommenden Sommer wird ein Treffen ehemaliger hochrangiger US-Militärs, die in Baumholder gedient haben, vorbereitet."*

Seit April 2005 steht fest, dass der US-Standort Baumholder, auf dem die 2nd Brigade der 1st Armored Division (Panzer-Division) zu Hause ist, aufgegeben wird, weil diese Panzer-Division im Rahmen des längst vom Kongress abgesegneten Conus-Programms komplett in die USA zurückkehrt. Wir haben darüber und über die weiteren Verlegungspläne des US-Militärs bereits im letzten Jahr ausführlich berichtet (s. LP 020/05).

Die US-Army will in der Bundesrepublik nur ihren Truppenübungsplatz Grafenwöhr im nördlichen Bayern behalten und baut diesen zur Zeit auch entsprechend großzügig mit eigenem Geld aus.

Bruch versucht nun, die US-Army durch besonders großzügige Angebote von ihrer bereits getroffenen Baumholder-Entscheidung abzubringen. Sein in typisch gestelztem Bruch-Deutsch verfasster "Geschenk-Gutschein" lockt mit lukrativen Versprechungen.

Einheimische Investoren sollen mit ihrem privaten Geld den etwas in die Jahre gekommenen ehemaligen Truppenübungsplatz der großdeutschen Wehrmacht so aufmöbeln, dass er sich – möglichst besser als Grafenwöhr – dazu eignet, US-Kampftruppen auf alle laufenden und geplanten Angriffskriege der jeweiligen US-Regierungen optimal einzustellen. Dass der Herr Innenminister dadurch der nach Art. 26 unseres Grundgesetzes verbotenen Vorbereitung völkerrechts- und verfassungswidriger Angriffshandlungen auf deutschem Boden Vorschub leistet, kümmert den begeisterten USA-Fan überhaupt nicht. Er scheint auch zu übersehen, dass er damit jeden potentiellen Geldgeber zu einer Straftat verleitet, denn unser Strafgesetzbuch sieht in § 80 für die Teilnahme an der Vorbereitung eines Angriffskrieges von deutschem Boden aus eine Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bis lebenslang vor.

Wie weit möchte Bruch eigentlich mit den eingesammelten privaten Geldern gehen? Sollen in einem ersten Schritt nur "Hallen" wie in Kaiserslautern und Ramstein gebaut werden? Wozu sollen diese "Hallen" dann dienen, nur zur wetterfesten Lagerung von Fahrzeugen, Waffen und Munition oder vielleicht auch schon zur komfortablen Unterbringung von Ausbildungsräumen, Telekommunikationseinrichtungen oder Befehlsständen? Sollen damit vielleicht sogar deutsche "Hilfskräfte" eingestellt werden, die den US-Soldaten Routine-Arbeiten abnehmen, damit diese sich ganz auf ihr Waffenhandwerk konzentrieren können? Soll möglicherweise sogar der Sold der hier stationierten US-Soldaten mit deutschen Euros aufgebessert werden, damit sie länger hier bleiben und auch künftig deutsches Bier trinken und deutsche Bratwürste essen? Bruchs bisheriges Verhalten schließt auch diese noch satirisch angedachten Varianten nicht völlig aus.

Das von Bruch offensichtlich auch für Baumholder vorgesehene standortnahe Wohnungsbauprogramm würde in der dortigen Region ebenfalls zu vielen Leerständen in entfernteren Orten führen. Die jetzt dort noch bestehenden Mietverhältnisse würden also auch dann enden, wenn es noch gelänge, ein kleineres US-Kontingent in Baumholder zu halten.

Auch für die Westpfälzer und Saarländer hält Bruch ein "Schmankerl" bereit. Damit die Panzer aus Baumholder nicht mehr zeitraubend mit Eisenbahn und Schiff zum Fronteinsatz reisen müssen, sollen sie künftig von Ramstein aus mit noch mehr Galaxy- und Antonow-Transportern direkt in den Irak oder nach Afghanistan fliegen. Dieses angebotene "Geschenk" macht wieder einmal deutlich, wie "ernsthafte" sich unser Innenminister darum bemüht, den täglichen Fluglärmterror über der Westpfalz und dem Saarland einzuschränken und die einheimische Bevölkerung zu entlasten.

Jeder von einem einheimischen Privatinvestor eingesetzte Euro erweitert den sehr eng gewordenen finanziellen Spielraum des US-Verteidigungsministeriums und dient vor allem dazu, die laufenden US-Angriffskriege zu verlängern oder neue vorzufinanzieren.

Wir fordern den US-Ehrenobristen Bruch auf, alle Bemühungen zur Unterstützung völkerrechtswidriger Angriffskriege der Bush-Administration einzustellen, und den zum nächsten Rheinland-Pfalz-Tag eingeladenen US-Veteranen mitzuteilen, dass ihre kriegslüsternden Nachfolger bei der überwiegenden Mehrheit der einheimischen Bevölkerung nicht mehr willkommen sind.